

Die 'Freiheit' erscheint morgens und nachmittags, Samstags und Montags zweimal. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Lieferung ins Haus für Groß-Verkauf 10,- M. Im voraus zahlbar, von der Expedition sechs abwärts 8,50 M. Für Postbezug nehmen sämtliche Vertriebsstellen entgegen. Unter Drucklegung bezogen für Deutschland und Österreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M., zuzüglich Porto-Zuschlag, per Brief für Deutschland und Österreich 30,- M., Rebaktion, Expedition und Verlag: Berlin E 2, Breite Straße 26b.

Die schlagzeilige Sonntagsausgabe aber deren Raum kostet 5,- M. einschließlich Feuerungsbeitrag. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Feuerungsbeitrag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 2,50 M. netto pro Zeile. Gesetzwörter in Wort-Anzeigen: Das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Fernsprecher: Zentrum 2030, 2045, 4516, 4602, 4625, 4649, 4821

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

## Die Notlage der Beamten

### Denkschrift des Deutschen Beamtenbundes — Ein Hilferuf an das Parlament

Der Deutsche Beamtenbund hat an die Reichsregierung und die Regierungen der Länder unter dem 1. September 1920 eine Eingabe gerichtet. Darin wird auf Grund des § 17 des Reichsbesoldungsgesetzes beantragt, dem Reichstage unverzüglich einen Notetat vorzulegen, durch den die

**Anpassung der Besoldungsordnung an die allgemeine Wirtschaftslage**

vollzogen wird. Zur Abwendung der dringendsten Not und der zu befürchtenden schlimmsten Folgen fordert die Eingabe die sofortige Auszahlung von ausreichenden Zuschlagzahlungen auf die Beträge, die durch das Notgesetz fällig werden. Der Geschäftsführende Vorstand des Deutschen Beamtenbundes unterstützt diese Eingabe mit einer Denkschrift über

**die Not der deutschen Beamenschaft,**

die so erschreckende Tatsachen über den Notstand der deutschen Beamten, den der Herr Reichsfinanzminister Wirth anscheinend für einen natürlichen Zustand von ewiger Dauer hält, in sich birgt, daß es nicht zugelassen werden darf, daß diese

**Darstellung von berufener Seite**

in den Papiertafeln der Parlamente verankert.

Die Denkschrift vergleicht die soziale Lage der Beamenschaft in der jetzigen Zeit mit der Vorkriegszeit. Es wird z. B. hervorgehoben, daß die Wohnungsgeldzuschüsse II 1908 ein Einkommen von 11 100 Mark erreichte hatte, was einem heutigen Einkommen von circa 24 000 Mark entspricht, wenn die Lebenshaltung der Beamenschaft auf dem gleichen Niveau wie 1906 erhalten bleiben soll. Die wirklichen Zahlungen an die Beamten bleiben weit zurück dahinter, wozu noch zu bemerken ist, daß auch die Bezahlung vor dem Kriege schon unzureichend war. So konnte ein Bahnwärter

**ein Höchstgehalt von 900 Mark im Jahre**

erreichen. Durch die unzureichende Bezahlung der Beamten haben die Preussischen Staatsbahnen

**jährlich 200 Millionen Mark Ueberschuß an Preußen**

abführen können. Dazu kam die unwürdige politische und gesellschaftliche Unterdrückung der Beamenschaft, die eines Teiles ihrer staatsbürgerlichen Rechte beraubt war. So waren Betriebsbeamte der Eisenbahn nicht wählbar für die Stadtparlamente.

Während des Krieges aber und nach dem Waffenstillstand hat die Steigerung der Gehälter nicht Schritt gehalten mit der Aufwärtsentwicklung der Preise. Unbedeutende Teuerungszulagen brachten keine entscheidende Änderung der Notlage. Jahrelang wurde den Beamten zugemutet, von der Vertretung auf die große Besoldungsreform laut zu werden. Jetzt ist

**das Besoldungsgesetz vom 30. April 1920**

da. Danach schwankt das Einkommen zwischen 7365 bis 10 650 Mark in der niedrigsten Klasse und zwischen 21 960 bis 28 965 Mark in der höchsten Klasse nach Abzug der Steuer. Das bedeutet, daß die zahlenmäßig stärksten unteren und mittleren Beamten mit ihrem Einkommen weit zurückbleiben hinter dem Existenzminimum, das für September 1920 für den alleinlebenden Mann auf 7550 Mark, für das kinderlose Ehepaar auf 11 250 Mark, für das Ehepaar mit zwei Kindern auf 15 450 Mark berechnet werden muß. Aus diesem Vergleich ergibt sich eine

**Bereisung der Beamenschaft,**

die zum Himmel schreit.

Nach dem Besoldungsgesetz soll ein beweglicher Teuerungszuschlag von 50 Prozent gegeben werden, der aber ebenfalls nicht ausreicht, um für die Gruppen 1 bis 7 ein Einkommen zu schaffen, das dem Existenzminimum entspricht, wobei noch zu bedenken ist, daß das Existenzminimum stets nur berechnet wird auf Grund der dringend notwendigen Bedürfnisse der primitivsten Lebenshaltung. Darum fordert der Beamtenbund einen Teuerungszuschlag von 100 Prozent, wodurch sich erhöhen würde das Anfangseinkommen der Gruppe 1 auf jährlich 12 000 Mark, das Endeinkommen auf jährlich 18 000 Mark. Für die anderen Gruppen, besonders für die unteren, wiederum zahlenmäßig stärksten Beamtengruppen, steigert sich die Summe ganz allmählich, so daß die Gruppe 7 erst zu einem Anfangseinkommen von jährlich 18 400 Mark gelangen würde. Das höchste Einkommen für die Gruppe 13 betrüge im Anfang 36 400 Mark und im Höchstgehalt jährlich 50 000 Mark.

Ob eine derartige starke Spannung zwischen den Gehältern der untersten Gruppe und dem Einkommen der höchsten Gruppe notwendig ist und den Interessen der Beamenschaft entspricht, darüber wollen wir im Augenblick mit dem Beamtenbund nicht streiten.

Verlangt man aber, daß sich diese Forderungen für die große Masse der unteren und mittleren Beamten in ausreichendem Maße gemäßigten Rahmen bewegen.

Die Denkschrift weist mit vollem Recht darauf hin, daß die Niederhaltung des Einkommens die Beamenschaft moralisch in die unangenehmsten Situationen bringen kann, daß die Bestechlichkeit gefördert wird, daß aber die Beamenschaft auch in politischer Beziehung leichter fremdstaatlichen Einflüssen zugänglich wird, wie sie in den besetzten Gebieten des Ostens und Westens ausgeübt werden.

Die Denkschrift zieht auch einen Vergleich zwischen den Arbeiter- und Handwerkerlöhnen und den Beamtengehältern. Sie stellt dar, daß ein Arbeiter durch das Aussteigen in eine Beamtenkategorie einen erheblichen Verlust an Einkommen erleiden würde. Wir nehmen nicht an, daß der Beamtenbund damit nachweisen will, daß die Arbeiterlöhne zu hoch sind. Wir möchten die organisierten Beamten vielmehr darauf aufmerksam machen, daß die Arbeiterschaft es eben verstanden hat, sich diese Löhne zu erkämpfen. Vielleicht überlegen die Beamten einmal, ob die

**Solidarität mit der Arbeiterschaft**

ihnen in ihren Gehaltskämpfen nicht sehr wichtige Dienste leisten könnte.

Die Forderungen der Beamten werden wegen der schlechten Finanzlage des Reiches abgewiesen. Herr Wirth spart. Außerdem werden sie immer von neuem in verfeindeter Weise verantwortlich gemacht für

**das tiefenhafte Defizit und für die Schuldenwirtschaft der Eisenbahnen.**

Die Eingabe der Beamenschaft weist dazu nach, daß nicht die Personalkosten gestiegen sind, sondern die Materialpreise. 1912 betragen die Ausgaben für Material 35 Prozent der Gesamtausgaben, 1920 aber 57 Prozent. In diesen 57 Prozent, in dieser gewaltigen Steigerung der Ausgaben für Material stecken

**die Wuchergewinne der privaten Industrie,**

die sich mit ihrer ganzen Ausbeutungswut auf die Eisenbahn stürzt und auf die Eisenbahnverwaltung immer noch angewiesen ist. Die Denkschrift macht zahlreiche Angaben über die stattliche Zunahme der Gewinne in jenen Industriezweigen, die für den Eisenbahnbetrieb arbeiten. Es sind

**die Daimler und Genossen,**

die durch ihren Wucher die Bevölkerung mit einer Steuer beladen, denn es liegt auf der Hand, daß die Eisenbahnverwaltung gezwungen ist, durch eine Erhöhung der Frachtpreise und der Fahrkartenpreise die an die Privatindustrie fließenden Mehrausgaben wieder hereinzubringen.

Die Personalkosten dagegen stellten sich 1920 prozentual zur Gesamtausgabe erheblich niedriger als 1912.

Gegenüber diesen Mißständen betont die Denkschrift des Beamtenbundes, daß sich in den Kreisen der Beamenschaft eine starke Erbitterung breit macht über Besetzungen des Finanzministers, nach denen es „sich nicht verlohnt, die 45 Milliarden Reichsnotopfer einzuziehen“. Große Beunruhigung ist unter den Beamten zu beobachten wegen des Beschlusses des Reichsfinanzministers, nach dem

**„Ausgaben auf jeden Fall — selbst vor anerkannten Notwendigkeiten — halt zu machen“**

hätten. Die Notlage des Beamtentums wird am drastischsten gekennzeichnet durch die vielen Vorläufe, die die Beamten zu nehmen gezwungen sind. Viele Beamte erhalten nach Abzug ihrer Vorläufe am Monatsende nur 400 Mark und niedrigere Summen ausgezahlt.

Die Denkschrift des Beamtenbundes erinnert daran, daß die Beamten nicht die Möglichkeit haben, die Besoldungsreform wie einen Tarifvertrag zu kündigen und im gegebenen Zeitpunkt in den Kampf für eine bessere Besoldung einzutreten. Die Beamten hätten Streiks bisher nicht angewandt. Daher müsse der Reichstag eingreifen, wenn er nicht die Schuld tragen wolle an Zuständen, die sich immer schlimmer entwickeln, und die sich soweit steigern müssen, daß sie, wie der Beamtenbund fürchtet, zu einer öffentlichen Gefahr werden. Wir möchten hinzufügen, daß die Beamenschaft erkennen muß, daß sie ihre Forderungen nur durchsetzen vermag in

**innigster Solidarität mit der Arbeiterschaft,**

in einheitlicher Kampffront mit Arbeitern und Angestellten, geführt auf die Massen des revolutionären Proletariats. Die Beamten müssen erkennen, daß sie sich in dem gleichen sozialen Abhängigkeitsverhältnis befinden wie die Arbeiter und Angestellten, und daß sie darum auch erst dann mit der Erfüllung ihrer Forderung werden rechnen können, wenn sie mit Arbeitern und Angestellten eintritten in den gemeinsamen Kampf, wenn sie zur Klassenkenntnis gelangen, und wenn sie in diesem Kampfe den gleichen Trost und den gleichen starken Willen aufbringen wie die Arbeiterklasse.

Das entbindet natürlich das Parlament nicht von der Pflicht, den Forderungen der Beamten das nötige Gehör zu schenken und diesem Skandal der Beamtenbesoldung endlich ein Ende zu machen.

## Die wachsende Not

B. U. Der Abbau der Zwangswirtschaft ist in einem Zeitpunkt erfolgt, in dem die wichtigste Voraussetzung einer von den Fesseln der Rationierung befreiten Lebensmittelversorgung: die ausreichende Produktion nicht nur noch nicht erreicht, vielmehr eine weitere Verringerung der heimischen Erzeugung festzustellen war. Von den Befürwortern der beschleunigten Aufhebung sind als wesentlichste Argumente auf der einen Seite die durch freie Wirtschaft herbeizuführenden Anreize erhöhter Produktion, auf der anderen die tatsächlich erfolgte weitgehende Durchlöcherung des Bewirtschaftungsprinzips in Form des zunehmenden ungenierten Schleichhandels und die notorische Ohnmacht behördlichen Widerstandes angeführt worden.

Es ist aber nicht zu leugnen, daß diese Durchbrechung der Zwangswirtschaft nur deshalb so rasch und vollständig erfolgen konnte, weil fast überall eine mehr oder minder wohlwollende Duldung aller Uebertretungen zutage trat und es auf diese Weise den Landwirten und Händlern ein Leichtes war, sich über die auf dem Papier noch in Kraft befindlichen Bestimmungen hinwegzusetzen. Kartoffeln und Fleisch sind kurz hintereinander freigegeben worden und gegenwärtig dreht sich der offene und verhüllte Kampf um die weitere Aufrechterhaltung der Zwangsbewirtschaftung des Brotgetreides.

Die Ablieferung von Getreide wird von den Landwirten — wie selbst die behördlichen Berichte offen zugeben — in einer derart zögernden Form durchgeführt, daß wir zurzeit noch auch nicht annähernd so viel wie in früheren Jahren erfaßt haben und nur durch die verhältnismäßig umfangreiche Einfuhr ausländischer Getreides in der Lage sind, die Versorgung aufrechtzuerhalten und den nächsten Wochen mit dem Gefühl relativer Sicherheit entgegenzusehen. Die ganz unzulängliche heimische Getreideerfassung gefährdet jedoch in einer unverantwortlichen Art und Weise die Ernährung des Volkes in den kommenden Monaten, denn es ist bei den finanziellen Verhältnissen des Reiches und den Getreidemengen, die uns auf dem Weltmarkt im günstigsten Falle zur Verfügung stehen würden, unmöglich, bis zum kommenden Erntejahr durchzuhalten, falls wir nicht die an sich bereits auf einen Bruchteil der Vorkriegsmenge zurückgegangene Produktion reflexlos erfassen. Tatsächlich liegen die Dinge gegenwärtig aber so, daß große Mengen im Schleichhandel betriebs- und zu Weißbrot und Kuchen verbacken werden, und daß ferner ein bedeutender Teil der sinnlos erhöhten Deputate an das Vieh verfüttert und so der menschlichen Ernährung entzogen werden. Davon abgesehen, daß bei den hohen Fleischpreisen nur eine kleine Anzahl Menschen Fleischmahrung erschwingen kann, geht natürlich auf dem Umwege über den Tiermagen ein beträchtlicher Teil der Nährwerte verloren.

Die Regierung begnügt sich, diesem unverantwortlichen und unerlaubten Treiben der Landwirte mit freundlichen Ermahnungen entgegenzutreten, anstatt mit aller Entschiedenheit und rücksichtsloser Anwendung der staatlichen Machtmittel dafür Sorge zu tragen, daß diese in großem Maßstabe betriebene Sabotage unserer Ernährung endlich aufhört und die Brotversorgung des gesamten Volkes sichergestellt wird. Bei dem schlechten Stande der deutschen Baluta, die in wenigen Wochen um weitere 20 bis 25 v. H. gesunken ist und sich mit rasender Schnelligkeit ihrem Tiefstande vom Januar/Februar dieses Jahres zu nähern scheint, ist die Einfuhr großer Mengen ausländischer Lebensmittel und Futtermittel fast unmöglich geworden, denn die Unterbringung deutschen Geldes an fremden Märkten begegnet den größten Schwierigkeiten. An fast allen Börsen sind riesige Angebote in Reichsmark zu verzeichnen, überall wird verlangt, sich für die Erfordernisse des eigenen Wirtschaftsgebietes zu wappnen.

Diese vermehrten Markverläufe im Auslande, die in Frankreich, England, Amerika, Skandinavien usw. deutlich festzustellen sind, haben ihre Ursache in einer pessimistischen Beurteilung der deutschen Finanzverhältnisse, deren Berechtigung nur zu offen liegt und außerdem in den Ansprüchen des ausländischen Kapitalmarktes, die man in allen Ländern konstatieren kann. Die Höhe der Diskontsätze und die Forderungsbeträge für kurz- und langfristige Anleihen erschlaffiger Unternehmungen in den Vereinigten Staaten von Nordamerika geben ein bezeichnendes Bild der Situation. Je mehr sich diese Tendenz verschärft und je weniger Neigung vorhanden ist, weitere Verpflichtungen in deutscher Mark einzugehen, desto schwieriger wird selbstverständlich die Finanzierung unserer Importe, die wir mit der Warenzufuhr trotz der günstigen Ziffern der letzten Monate nicht im Entferntesten zu bezahlen vermögen. Die Ansprüche, welche allmonatlich an den Devisenmarkt gestellt werden, beschränken sich erfahrungsgemäß nicht auf die Bezahlung laufender Einfuhr, sondern es werden fortgesetzt ältere Verbindlichkeiten in großem Umfange fällig, ganz abgesehen von den Summen, die für den Monatssaldo im Clearingverfahren mit den alliierten Mächten bereitgestellt werden müssen. Bei diesem Verfahren handelt es sich um die Verzinsung der gegenseitigen privatwirtschaftlichen Forderungen aus der Zeit vor dem Ausbruch des Krieges, bei dem die monatlich festgestellte Differenz

enz, falls sie zugunsten von Deutschland errechnet wird, dem Viebergutmachungskonto gutzuschreiben ist. Ergibt sich aber ein Saldo zu Ungunsten Deutschlands, was vorläufig gewöhnlich der Fall ist, dann muß derselbe bar reguliert werden. Da Deutschland mit seinen Forderungsaufstellungen 1. B. gegenüber England im Rückstand ist, wird jeden Monat eine bei unseren gelblichen Zuständen schwerwiegende Summe fällig.

Wenn in einem derartigen Augenblick der sich verschärfenden Not die letzten Hemmungen einer ungezügelter Profitgier und die wenigen bestehenden Sicherungen einer notwendigen Lebensmittelversorgung unbefürchtet um die unausbleiblichen Folgen niedergedrückt werden, so offenbart sich darin eine derartige politische Kurzsichtigkeit und Unterordnung unter den Willen einer kleinen Gruppe mächtiger Interessenten, daß es höchste Zeit ist, daß das deutsche Proletariat sich des Ernstes der Stunde bewußt werde und sich zu der einheitlichen Masse zusammenschließt, durch die es zu einer unüberwindlichen Macht wird. Es hat sich bereits bei der Kartoffelversorgung gezeigt, daß in den letzten Wochen Preisforderungen erhoben worden sind, die für die meisten Menschen kaum erschwingbar sind und bei denen sich wieder die Teile des Volkes frühzeitig und reichlich versorgen können, die über genügende Mittel für diesen Zweck verfügen. Gerade die Armen und Vermitteln, die von der Hand in den Mund leben, werden in den meisten Orten außerstande sein, einen ausreichenden Vorrat für den Winter zu kaufen und unterzubringen und sie werden die Opfer der weiteren Preissteigerungen und der sich verschärfenden Knappheit sein.

Noch schlimmer liegt es bei der Fleischversorgung. In allen Schlächterläden sind Mengen schönster Fleischwaren ausgestellt, wie man sie seit Jahren nicht zusammen gesehen hat, aber wer sich einmal eine kurze Zeit vor ein derartiges Schaufenster stellt und die Gesichter der Proletarierfrauen beobachtet, wenn sie die angelegten Preise mustern, der weiß, daß von diesen Herrlichkeiten die Schichten am wenigsten erhalten, die wegen ihrer Unterernährung und ihres furchtbaren Gesundheitszustandes ihrer am meisten bedürfen. Preise von 14 bis 20 Mark das Pfund sind für die Masse der Bevölkerung unbezahlbar und wenn man jetzt oft die fröhliche Bemerkung hört: „Na, man kann wenigstens wieder alles haben“, dann soll man sich darüber im Klaren sein, daß ein kleiner Teil der Bevölkerung nur deshalb wieder alles haben kann, weil der größte Teil des Volkes durch die Höhe der Preise von dem Erwerb ausgeschlossen bleibt. Auf Kosten der Lebenskraft und der Gesundheit der wertvollen Massen, die nach Aufhebung der Rationierung oft weniger als bisher erhalten, wird dieser nach außen bestehende Zustand des scheinbaren Ueberflusses geschaffen.

Es kommt bei der Fleischversorgung jedoch noch hinzu, daß die schleunigste Abschachtung des Viehes, die in den letzten Wochen erfolgt ist, nicht nur die Gefahr eines baldigen Versiegens dieser gewiß nicht unerschöpflichen Quelle in sich schließt, sondern daß vor allem mit einer vermehrten Schlachtung des Milchviehes gerechnet werden muß. Da der Milchpreis noch immer behördlich festgesetzt ist und fast überall etwa 1,50 Mark beim Erzeuger beträgt, wird beim Steigen der Vieh- und Fleischpreise eine wachsende Unlust der Landwirte eintreten, Milchvieh zu betreiben, weil dieselbe unter diesen Verhältnissen für sie vollständig unrentabel geworden ist. Man hat also durch die nicht zu rechtfertigende Aufhebung der Zwangswirtschaft des Fleisches zugleich die Milchversorgung, die an sich schon mehr als unzulänglich gewesen ist, aufs schwerste getroffen und jeder Kenner der Verhältnisse weiß, daß der vollständige Zusammenbruch unserer Milchbewirtschaftung nur eine Frage von Monaten oder Wochen sein kann. Der schlechte Entwicklungszustand unserer Säuglinge und Kinder, der alle Volkshygieniker mit der ersten Sorge erfüllt, muß sich alsdann mit rasender Schnelligkeit weiter verschlimmern, und zu einer in ihren Ausmaßen kaum übersehbaren Katastrophe der städtischen Bevölkerung führen. Rachitis und Tuberkulose, die Seuchen, welche am Mark des arbeitenden Volkes fressen, werden bei einer weiteren Verschärfung des Milch- und Fettmangels einen furchtbaren Umfang annehmen.

Wenn unter derartigen katastrophalen Umständen angesichts eines schweren Winters, wachsender Arbeitslosigkeit und unzulänglicher Einkommen bei unerträglicher Steuerbelastung auch noch die Brotversorgung zusammenbrechen und der Preis dieses unentbehrlichen Nahrungsmittels auf das Vier- oder Fünffache hinausschnellen sollte, dann stürzen wir in ein Chaos der Verzweiflung, in dem nicht nur die bürgerliche Gesellschaft in ihren Grundfesten erschüttert, sondern auch die revolutionäre sozialistische Umwälzung schwersten Gefahren ausgesetzt sein würde. Hunger und Verzweiflung sind nicht die Kräfte, mit denen man an den Aufbau einer neuen Gesellschaftsordnung zu gehen vermag und die Spekulation der Kommunisten auf diesen vollen Bankrott ist ein Babauquespel, das die sozialistisch gesuchte Arbeiterschaft nicht mitmachen kann. In einem derartigen Zustand der Zerrüttung wäre der Scheitern nach unmittelbarer Hilfe so laut, daß sich die planmäßige Neuordnung, deren wir zur Steigerung der Erzeugung und zur besseren Versorgung des Volkes dringend bedürfen, kaum durchführen ließe. Aus diesem Grunde dürfen wir im gegenwärtigen Augenblick nicht die Hände in den Schoß legen und mit agitatorischen Phrasen die Massen aufwiegen, sondern angesichts dieser gefährlichen Situation ist es unsere Aufgabe, für Aufklärung der Arbeiterschaft Sorge zu tragen und die Kraft des Proletariats zusammenzufassen zu machtvollen Aktionen um die nächsten Ziele, die eine Stärkung der proletarischen Position und eine Besserung der Lage der arbeitenden Klasse verbürgen.

## Entlarvt

### Die bürgerlichen Parteien und das Märzabkommen

Die im Haushaltsausschuß des Reichstages am Donnerstag ausgelegte Abstimmung über den Antrag der sozialistischen Parteien, gemäß dem Märzabkommen zur Sicherung der Ablieferung von Brotgetreide, Lieferungsverbände zu schaffen und fähbare Strafen gegen fähige Ablieferer zu verhängen, fand in der Freitagsung statt. Wiederum trat die Verlegenheit der bürgerlichen Parteien, in die sie durch diesen Antrag verlegt worden sind, auffällig zutage. Sie gaben sich zwar alle Mühe, die Tatsache zu bestreiten, daß die Ablehnung dieses Antrages ein Bruch des Märzabkommens und ihres ehrenwörtlichen Versprechens sei, konnten aber die Tatsache nicht vertuschen, daß sie es nicht innehalten wollen. Die Zentrumsabgeordneten legten folgenden Antrag — man beachte den katholischen Still — vor:

1. In Hinblick auf die für die Reichsregierung bestehende Notwendigkeit gegen in der Ablieferung deswichtigen fähigen Erzeuger von Brotgetreide scharfe Maßnahmen zu treffen, und

auf zur Mitarbeit berufene landwirtschaftliche Berufsverbände einzuwirken, ihren ganzen Einfluß für die Ablieferung von Brotgetreide, Hafer und Gerste einzusetzen.

2. Vorausgesetzt wird die Beibehaltung der Zwangswirtschaft auch für Gerste und Hafer.

Sowohl die Unabhängigen als auch die Rechtssozialisten ließen keinen Zweifel daran, daß sie diesen Antrag als lächerlich empfänden, weil er nur wirkungslose Allgemeinheiten enthält. Genosse Herz wies im übrigen erneut darauf hin, daß die Gründung von Lieferungsverbänden das einzige Mittel zur Steigerung der Ablieferung sei, und daß jede Abschwächung seines Antrages den Bruch des Abkommens mit den Gewerkschaften bedeute.

Bei der Abstimmung wurde zunächst der Änderungsantrag in dem Antrag der Unabhängigen die Worte „gemäß Punkt 7 der im März getroffenen Vereinbarung“ zu streichen, abgelehnt und sodann der ganze Antrag, gegen ihn stimmten auch die Zentrumsleute und die Demokraten. Der Antrag des Zentrums wurde nur in seinem ersten Absatz angenommen, der nichts besagt und dem deshalb auch die eingeleiteten Agrarier zustimmten. Sie benutzten die Gelegenheit aber gleich, um auch die Beseitigung der Zwangswirtschaft für Hafer und Gerste zu verlangen, wodurch der Zusammenbruch unserer Brotversorgung ganz automatisch und in kürzester Frist erfolgen müßte. So zeigte die Abstimmung, daß die Demokraten ebenso wie die Zentrumsleute garnicht daran denken, das, was sie im März den Arbeitern versprochen haben, jetzt auch zu halten und daß der Profitwille der Agrarier keine Schranken kennt.

Wir sind von diesem Ausgang nicht überrascht. Wir haben ihn nicht anders erwartet. Es ist aber lehrreich, wenn die Arbeiterschaft sieht, daß die bürgerlichen Parteien Versprechungen

## Am 16. November 1920

gibt die „Freiheit“ eine

### Sonder- und Werbenummer

in verstärktem Umfang und mit besonders reichem Inhalt heraus

Genossen! Trefft schon heute eure Vorkehrungen für die weiteste Verbreitung dieser Ausgabe

Näheres durch die Organisationen und den Verlag.

nur abgeben, um sie bei geeigneter Gelegenheit zu brechen, und daß sie auch nicht daran denken, die Wege zu gehen, die den Zusammenbruch unserer Brotversorgung verhindern könnten. Ihr Zammern und ihre lästlichen Ermahnungen sind eitel Heuschrecke!

## Schäbige Kampfweise

Bei der Landtagswahl in Sachsen wird von den Rechtssozialisten ein Flugblatt des folgenden Inhalts verteilt:

Der unabhängige Reichstagsabgeordnete Simon hat den Stein zur Aufhebung der Zwangswirtschaft ins Rollen gebracht. Er hat diese ganze Frage vor das Plenum der Volksvertretung gebracht und somit der reaktionären bürgerlichen Mehrheit diesen für sie fetten Bissen ausgeliefert. Wähler und Wählerinnen! So sieht die Politik der Unabhängigen aus! Am 14. November seine Stimme diesen Verärrern an der Arbeiterschaft! Wählt alle die Sozialdemokratische Partei! Liste: Karl Sandermann — Albert Schwarz — Eva Wittner.

Jedes Kind weiß, daß die in dem Flugblatt aufgestellten Behauptungen dumm und erlogen sind. Gerade der Genosse Simon war es, der ununterbrochen den Kampf gegen die Aufhebung der Zwangswirtschaft geführt hat. Gegen seinen entschiedenen Willen ist die Freigabe der Leberbewirtschaftung erfolgt, und auch später hat er bis in die letzten Wochen hinein — z. B. im Volkswirtschaftlichen Ausschuß des Reichstages — mit aller Entschiedenheit gegen die Beseitigung der Zwangswirtschaft von Fleisch, Kartoffeln usw. gekämpft. Der Angriff gegen ihn ist aber um so verwerflicher, als er gegen die Aufhebung der Zwangswirtschaft auch zu der Zeit gekämpft hat, in der die Rechtssozialisten in der Regierung waren und sie befehlworteten.

Das Flugblatt ist demnach nur ein Beweis für den Mangel an sachlichen Gründen gegen die Politik der Unabhängigen.

## Der Beamtenapparat der Behörden

In den Behörden besteht die Absicht, eine umfangreiche Verminderung des Beamtenapparates durchzuführen. Grundständig sind auch wir der Meinung, daß in den Behörden keine Personen tätig sein sollen, die für sachliche Zwecke nicht erforderlich sind. Der sehr aber einseitige Beslog zeigt doch, daß nicht nur diese rein sachlichen Erwägungen maßgebend sind.

Auch die bisherigen Beratungen im Haushaltsausschuß des Reichstages haben gezeigt, daß die bürgerlichen Parteien durchaus nicht die Absicht haben, den Grundsatz der Sparlichkeit überall anzupenden, sondern nur dort, wo er ihnen paßt. So ist z. B. entgegen den Einwendungen des Reichsamts des Innern und des Finanzministeriums, auf Wunsch der Agrarier die Trennung der Veterinäraufgaben vom Reichsamt des Innern und ihre Unterstellung unter das Ernährungsministerium beschlossen worden, und zwar trotz des Hinweises, daß damit eine Vermehrung des Beamtenapparates und eine Erhöhung der Kosten eintreten werde.

Ist eine Verminderung des Beamtenapparates aus sachlichen Gründen gerechtfertigt, so muß diese Verminderung durchgeführt werden unter den Beamten und den Angestellten, und zwar so, daß nicht nur diejenigen Elemente davon betroffen werden, die den alten Beamten unangenehm sind, weil sie einen frischen Zug in die betreffende Behörde gebracht haben. Das aber scheint gegenwärtig die Absicht zu sein. Sie spielte bereits bei der Beratung des Notetats eine Rolle, und soll anscheinend jetzt in verstärktem Maße durchgeführt werden. Dagegen wenden wir uns auf das entschiedenste, weil wir in einem solchen Zustand nicht nur eine wesentliche Benachteiligung der Angestellten, sondern auch eine schwere Gefährdung der allgemeinen Interessen erblicken.

## Die Dienstwohnung des Herrn Hermes

Es gehört nicht zu den Annehmlichkeiten, immer und immer wieder die persönliche Seite des Falles Hermes zu behandeln. Aber es ist notwendig, weil diese Ausnutzung der Stellung zu persönlichen Vorteilen und die Billigung dieses Verhaltens durch die bürgerlichen Parteien die Angelegenheit ihres persönlichen Charakters entkleidet. Das zeigte sich besonders deutlich am Freitag im Haushaltsausschuß des Reichstages. Der Ernährungsminister hat seit einiger Zeit in der Biologischen Reichsanstalt in Dahlem eine der beiden dort für die leitenden Beamten dieser Anstalt eingerichteten Dienstwohnungen inne. Auf eine Anfrage im Ausschuß, warum diese Wohnung nicht von den Beamten der Anstalt benützt werde, für die sie geschaffen worden sei, sondern von dem Ernährungsminister, erfolgte bezeichnenderweise keine ausreichende Antwort.

Eine andere Anfrage aber hatte ein überraschendes Ergebnis. Durch ihre Beantwortung nämlich wurde festgestellt, daß die für die Instandhaltung der Wohnung des Ministers benötigten Mittel an zwei Stellen des Etats eingesetzt waren. Natürlich „aus Versehen“, wie erklärend bemerkt wurde. Aber während für die Instandhaltung der Dienstwohnung, solange sie für einen der leitenden Beamten der Reichsanstalt zur Verfügung stand, nur 8000 Mark verlangt wurden, werden jetzt, da der Herr Minister die Wohnung bezogen hat, dafür mit einem Mal 15 000 Mark als notwendig erachtet. Auf die neugierige Frage nach den Ursachen dieser verschiedenartigen Behandlung, wurde die Antwort: Ursprünglich sei nur die „notdürftigste“ Instandhaltung, jetzt aber die „angemessene“ beabsichtigt.

Die bürgerlichen Parteien schwiegen zu diesem Sachverhalt, stimmten aber selbstverständlich den Antrag auf Streichung der verlangten Mittel nieder. Ihre Solidarisität mit Hermes erstreckt sich also nicht nur auf seine Politik, sondern auch auf seine eigenartigen Auffassungen von den Rechten und Pflichten eines Ministers.

## Ein sonderbarer Vergleich

Der Verein gegen das Bestechungswesen hatte gegen die Kriegsleider-A.G. Privatklage erhoben und dieser die Auszahlung von Schmiergeldern zum Vorwurf gemacht. Dieser Prozeß fand kürzlich in Berlin statt und förderte einige interessante Einzelheiten über die Verbindung zwischen der Kriegsleider-A.G. und einzelnen Privatbetrieben zutage. Ein Beamter des Konzerns hatte bei der Kriegsleider-A.G. einen wichtigen Posten bekleidet, bezog aber nach wie vor, gleich vielen anderen, das Gehalt von der alten Firma weiter. Vernommene Sachverständige wollten eine Besetzung des Beamten hierin nicht erbilden, obwohl eine zwischen diesem und dem Konzern-Konzern geführte Korrespondenz deutsche Merkmale hierfür enthielt. Eine sachliche Prüfung, wieweit nicht durch diese Verbindung der Konzern Vorteile genoh, wurde von dem Gericht absichtlich umgangen, indessen bot der Verein gegen das Bestechungswesen den Angeklagten folgenden Vergleich an:

„Zu Gunsten des Reiches werden von Kommerzienrat Renner 250 000 M. deutsche Reichsanleihe nebst Zinscheinebogen, von Späri (dem besagten Beamten) 30 000 M. deutsche Reichsanleihe nebst Zinscheinebogen dem Reichsfinanzminister zur Verwendung im Interesse des Reiches oder zur Verwaltung übereignet. Die Angeklagten übernehmen die Kosten des Verfahrens. Der Bestand des Vereines gegen das Bestechungswesen nimmt den Strafanzug zurück.“

Die Angeklagten nahmen diesen Vorschlag an, worauf das Gericht das Verfahren einstellte. Die Leichtgläubigkeit, mit welcher Renner die Buße von ¼ Million auf sich nimmt, ist begreiflich. Seine enge Verbindung mit der Kriegsleider-A.G. mögen ihm den Vergleich auf einen Bescheid leicht machen. Merkwürdig aber ist die Fügigkeit, mit der Gericht und Staatsanwalt auf diesen Vergleich eingingen. Das läßt die Vermutung aufkommen, daß die Rücknahme des Strafanzuges ihrem Bemühen, den Prozeß zeitig abzuschließen, in weitestem Maße entgegenkam.

## Wohnungsnot und Sozialisierung

Auf der Tagesordnung der 9. Tagung des Ausschusses des A. D. G. B. stand das Thema Sozialisierung des Bau- und Wohnungswesens. Dazu hielt Herr Stadtbaurat Dr. Ing. Wagner einen ungefähr einstündigen Vortrag, worin er zeigte, wie die ersten Schritte zur Sozialisierung des Bau- und Wohnungswesens gedacht sind. Wagner entrollte ferner ein Bild vom Verband sozialisierter Baubetriebe. Es erfolgte eine längere Aussprache, worin besonders auf die Wohnungsnot hingewiesen wurde und ferner auf die Unmöglichkeit, die Lösung dieser Wohnungsnot lediglich dem privaten Baugewerbe zu überlassen. Die wirkliche Lösung der Wohnungsnot sei nur auf dem Wege der Sozialisierung möglich. Ferner wandten sich einzelne Redner gegen die geplante Mietsteuer, bei welcher der Mieter nicht nach seinem Einkommen, sondern nach seinem Wohnungsbedürfnis belastet wird, was also zur Folge hat, daß kinderreiche Familien, die einer größeren Wohnung bedürfen, nun auch noch mit einer höheren Mietsteuer belastet werden. Wenn die Wohnungsmieter dazu beitragen sollen, Gelder aufzubringen, damit den Wohnungslosen Wohnungen beschafft werden können, so seien diese Gelder durch Zuschläge zur Einkommensteuer und Erhöhung der Abgaben vom Wertzuwachs zu beschaffen. Es wurde ferner noch hervorgehoben, daß es kein zweites Gebiet gäbe, wo sich bei produktiver Erwerbslosenfürsorge in solch fruchtbringendem Maße anwenden ließe, wie gerade beim Wohnungsbau. Beschlossen wurde, daß der Vortrag des Herrn Stadtbaurats Wagner vervollständigt und den Vorständen zur Verfügung gestellt werden solle. Ferner wurde beschlossen, eine Kommission einzusetzen, die der Sache nähere treten und der nächsten Sitzung Bericht erstatten soll.

## Einfuhr von Luxuswaren

Wie die „Dona“ zuverlässig erzählt, hat am Donnerstag der französische Botschafter dem Minister des Auswärtigen Dr. Simons, aufgesucht und ihn in freundschaftlicher Weise darauf aufmerksam gemacht, daß die Einfuhr von Luxusartikeln aus den Nachbarländern eine Umgehung der Art. 264 und 265 des Friedensvertrages darstelle. Welter hat der Botschafter darauf hingewiesen, daß man in Erfahrung gebracht habe, 25 000 Flaschen Liqueur seien fälschlicherweise als französische Marken eingeführt worden, ein Verfahren, was ebenfalls einen Verstoß gegen Art. 274 des Pariser Friedensvertrages bilde.

Wir verlangen sofort eine Äußerung der Regierung zu diesen Angaben. Es wäre ein unerhörtes Zustand, wenn für die Befriedigung der Luxusbedürfnisse der Schichten und Wucherer ausländische Liqueure eingeführt würden, während nicht einmal genügend Zahlungsmittel vorhanden sind, um Brot und Milch zu beschaffen.

Wahltag der englischen Liberalen. Die Gemeindevahlen in England am 7. November ergaben sehr bedeutende Fortschritte der liberalen Parteien auf Kosten der Regierungskoalition und der Arbeiterpartei. In London, Manchester und den großen Industriezentren haben die Liberalen ihre alten Siege zum Teil zurückerobert.

# Ein neuer Akt einer Komödie

## Die Sozialisierung im Reichswirtschaftsrat

Die Fortsetzung der Beratungen über die Sozialisierung der Kohlenwirtschaft im Unterausschuss des Reichswirtschaftsrates, über die wir nachfolgend berichten, hat nichts anderes zugebracht, als die Fortsetzung einer Komödie. Der Akt begann, als beschlossen wurde, eine Verständigungskommission aus Unternehmer- und Arbeitervertretern einzusetzen, die beauftragt worden war, eine gemeinsame Basis für eine Sozialisierungs-Gesetz-Entwurf zu finden, auf den sich Arbeiter und Unternehmer einigen könnten. Wir haben von vornherein auf die Unmöglichkeit eines solchen Beginns hingewiesen und die bisherigen Ergebnisse dieser unnatürlichen Paarung befürchteten nur unsere Auffassung. Das bisherige Geschwätz hat nur von neuem die Unmöglichkeit einer Verständigung über diesen Punkt bewiesen und erstaunlich bleibt nur, daß es noch Arbeitervertreter gibt, für die es eines solchen Beweises noch bedürfte. Man hat den Siebener-Ausschuss zu einem Biertrinker-Ausschuss gemacht und hat ihm die Weiterberatung des Gegenstandes überwiesen. Wäre dieses Beginnen nur lächerlich, so würde das negative Ergebnis der bisherigen Bemühungen Strafe genug für die Arbeitervertreter sein, die auf derartige Verläufe eingehen. Aber es ist leider auch gefährlich, denn die politische Taktik, die sich dahinter verbirgt, ist die Taktik der schiefen Ebene, auf der es kein Halt gibt, wenn das Profetariat nicht noch rechtzeitig denjenigen seiner Vertreter, die diese Methoden mitmachen, geächtet und die diese Methoden mitmachen, geächtet werden. Die Standpunkt klar macht.

Das es in der Tat Arbeitervertreter gibt, die auf dieser schiefen Bahn straucheln, zeigt die Tatsache, daß der Redakteur der „Berndorfer-Zeitung“, Wagner, den „Sozialisierungs-Vorschlag“ des Herrn Stinnes mit unterzeichnet hat. Diese Blamage war doch zu handgreiflich. Darum wendet sich Huß in einem öffentlichen Protest gegen Wagner und nennt dessen Mitbeteiligung an dem Stinnes'schen Vorschlag einen Skandal. Huß bezeichnet die von Stinnes vorgeschlagene Gewinnbeteiligung der Arbeiter als eine Fälschung des Sozialisierungsgedankens, was sehr milde ausgedrückt ist, denn in Wirklichkeit ist diese Gewinnbeteiligung ein plumper Schwindel, der mit der Sozialisierung überhaupt nichts zu tun hat und auf den ein Arbeiter auch nicht mehr hineinfällt. Wenn es aber Huß schon für geraten hält, seinen Freund Wagner in so berber Weise in der Öffentlichkeit aushängeln zu lassen, so müssen wir wiederholt betonen, daß wir von Arbeitervertretern erwartet hätten, daß sie diesen Verständigungsanstrengungen ab ablehnen. Die Angelegenheit ist zu ernst, als daß solche Späßen damit getrieben werden sollten.

## Der Sitzungsbericht

Der Unterausschuss des Reichswirtschaftsrates setzte am Freitag die Beratung der beiden von der Siebener-Kommission erstatteten Gutachten zur Sozialisierungsfrage fort. Umbreit (Arbeitnehmer) erinnert an die Versprechungen der Regierung zur Sozialisierungsfrage. Auch die Ausführungen des Herrn Stinnes liegen die Möglichkeit eines Weges zu gemeinsamer Arbeit erkennen. Die Schaffung der Wirtschaftseinheiten, die Schaffung der Kleinaktien und die Ausweitung der Tätigkeiten können den sozialen Forderungen entgegenkommen. Somit kamen wir zu der Siebener-Kommission. Es liegen uns nun zwei Vorschläge vor, von denen der erste aber nur recht wenig gemeinwirtschaftliche Gedanken enthält. Der Kleinaktienbesitzer ist z. B. nur geeignet, den Privatbesitz zu stützen, ohne die Gemeinwirtschaft zu fördern. Zudem wird der Einfluss dieser Kleinaktienbesitzer nur verhältnismäßig gering sein. Auch in den Interessengemeinschaften mit den Verbrauchern sehen wir eine Begründung von Montanmonopolen. Die Planwirtschaftsorganisation ist mehr geeignet, unser Interesse zu wecken, der Gedanke der Gemeinwirtschaft ist aber in dem Gutachten des Ausschusses völlig vernachlässigt. Nicht nur die sozialistischen, sondern auch die christlichen Bergarbeiter stehen auf dem Boden der Befreiung des Privatbesitzes. Die eben in der Presse veröffentlichte Erklärung des Vorstandes des Bergarbeiterverbandes löst die ablehnende Hal-

tung der Arbeiterschaft bereits erkennen. Die Zentralisierung darf nicht in eine Atomisierung aufgelöst werden zum Vorteil einzelner Industrien. Jedemfalls müssen dem gemeinwirtschaftlichen Gedanken mehr Konzessionen gemacht werden.

Boessler (Arbeitnehmer): Der Gedanke der Schaffung von Kleinaktien kommt reichlich spät. Vor 15 Jahren hätte man damit bei den Arbeitern noch Eindruck machen können. Heute ist dieser Schritt unzeitgemäß. Die Schätze des Landes gehören der Allgemeinheit. Ein besonderes Vorrecht für einige Volksgenossen gibt es nicht. Nach dem Entwurf beabsichtigt man ein Berufsprivileg.

Man will einen tiefen Konzern auf privatrechtlicher Grundlage aufbauen. Auf diesem Wege ist keine Verständigung möglich. Ein entschiedener Schritt zur sozialistischen Gemeinwirtschaft muß aber getan werden. Die bisherige Angelegenheit wirkt durchaus nicht produktionsfördernd. Die Versprechungen der Reichsregierung waren klar und eindeutig. Die Reichsregierung muß jetzt aus dem Bereich hervorkommen und eine klare Antwort geben.

Chefredakteur Georg Bernhardt: Das Mehrheitsgutachten läßt den Gedanken der Gemeinwirtschaft, das andere den Gedanken einer vorläufigen Nationalisierung vernachlässigen.

Dr. Rathenau: Mit der horizontalen Ordnung wird auch zugleich die soziale Frage gelöst. Wir müssen den Arbeitern politischen Einfluss einräumen. Mit der horizontalen Gliederung erreichen wir einen Kollektivismus, der die Kräfte der Arbeiter dem Aufbau der Gesamtheit nutzbar macht. Die Kleinaktie hat keine allzu große Bedeutung.

Dr. Silberberg: Unsere Arbeiter denken anders über die Bedeutung der Kleinaktie als die Berliner. Die Verbindung der vertikalen mit der horizontalen Ordnung wird unsere Wirtschaft zu neuer Blüte bringen.

Generaldirektor Dr. Wöhrer: In dem ganzen Vorschlag ist nicht ein Wort von einer vertikalen, das heißt Trustbildung enthalten. Die Herren Boessler, Umbreit und Rathenau haben merkwürdigerweise aber gerade diesen Gedanken herausgearbeitet. Wir betrachten vielmehr als Grundgedanke gerade das, was Herr Rathenau als das Nötigste hinstellt, fangen dabei allerdings beim Grundstein und nicht beim Dach an. Der Gemeinwirtschaft durch Zusammenfassung der Industriewerte soll die Möglichkeit gegeben werden, die Kohle als Eigentum zu erwerben. Wir wollen gerade den verbrauchenden Industrien die Kohle so billig wie möglich geben. Wir haben den ersten Schritt zum horizontalen Aufbau getan, indem wir der Allgemeinheit das Wichtigste, die Kohle zur Verfügung gestellt haben. (Zuruf Rathenau: Und die Monopolprodukte in der Hand behalten!) Das Monopolprodukt ist ja die Kohle. (Rathenau: Kein, Eisen, Stahl usw.) Ja, was hat das mit dem horizontalen Aufbau zu tun? (Rathenau: Darin liegt ja die Macht.) Wir verstehen uns noch immer nicht. Durch die Kleinaktie wird das Interesse der Arbeiterschaft an der Wirtschaft geweckt, und dann werden vielleicht keine Hochöfen mehr stillgelegt. Viele Arbeiter haben mir gesagt, aber die Kleinaktie lasse sich reden. (Zuruf Wöhrer: Kommunisten können Sie für jeden Unsinn kriegen.) Es waren alle sehr tüchtige Arbeiter. Der Vorschlag 1 enthält die Möglichkeit eines Wirtschaftsprogrammes nicht nur für die Kohlenwirtschaft, sondern für die Gesamtwirtschaft.

Herr Kaufmann (Zentralverband der Konsumvereine) sieht in den Ausführungen des Vorredners allerdings eine gewisse Form der Gemeinwirtschaft, kann dies dagegen nicht in dem Mehrheitsvorschlag erkennen, der das Privateigentum beibehalten will. Er sieht daher auf dem Boden des zweiten Vorschlages, der eine gemeinnützige Gesellschaft bilden will, und dem genossenschaftlichen Erfahrungen, wie sie z. B. bei den Konsumgenossenschaften gemacht worden wären, zur Seite stehen.

Herr Kautsch (Christliche Gewerkschaften) beantragt nochmalige Bildung einer Kommission zur weiteren Erörterung.

Dr. Silberberg: Herr Bernhards Gemeinwirtschaft ist mir unverständlich geblieben, zumal er ausdrücklich von der Beibehaltung des Privateigentums gesprochen hat.

Herr Hartung (Freie Berufe) kann sich für keinen der beiden Vorschläge erwärmen.

Herr Zel (Handwerksvertreter) stimmt dem Mehrheitsvorschlag zu und bezeichnet den Vorschlag Werner als ein Unglück für unser Volk.

Herr Kaufmann (Zentralverband der Konsumvereine) beantragt die Weiterarbeit an die Siebener-Kommission zurückzuverweisen, die entsprechend zu verstärken sei. Der Antrag wird angenommen.

Die Siebener-Kommission wird um sieben Mitglieder verstärkt. Sie wird voraussichtlich wieder in Essen tagen.

Tarif für Schwerarbeiter. Sie finden dort alle ehemaligen Kameraden der Brigade Ehrhardt.

Bitte umgehende Antwort — und bereit halten! Erinnern Sie sich, was wir uns geschworen haben. Mit treudeutschem, kameradschaftlichem Gruß

Ihr alter Kompanieführer

Schmidt,

Oblin. und Komp.-Führer.

11.

Telegraphie des Deutschen Reiches.

Amr. Wilhelmshafen.

Aufgenommen den 3. 11. 1920 um 4 Uhr 15 Min. nachm. von obg. durch K.

Telegramm aus München 16 nr. 421 610 9 B. den 3. 11. um 3 Uhr nachm. badts einberufung durch Brief Schmidt

(= baldigste Einberufung durch Brief.)

Rundschreiben und Telegramm sind an fast alle früheren Angehörigen der Brigade Ehrhardt verschickt worden. Die Tatsache deutet zweifellos auf Sturm hin. Es verdient auch erwähnt zu werden, daß sich der frühere deutsche Kronprinz in Holland nicht mehr wohlfühlt und starke Sehnsucht nach Deutschland zeigt. Kurier sind zwischen Holland und Bayern dauernd unterwegs. Der Kronprinz hat in Briefen der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß der Umsturz bald erfolgen möge; er wünscht vor allem seinen „Vetter“ Rupprecht recht bald wieder auf dem Thron zu sehen.

Ob und wann die Rechtsparteien in Deutschland loszuschlagen werden, das hängt natürlich im wesentlichen von der politischen Situation ab. Es will uns kaum glaublich erscheinen, daß sie wieder, wie am 13. März, den Angreifer machen. Vielmehr ist damit zu rechnen, daß sie auf einen kommunistischen Putsch warten, um dann die Rolle des rettenden Engels spielen zu können. In diesem Falle würden sie nicht nur die Unterstützung vieler Teile der Bevölkerung finden, die sich am 13. März gegen ihr Abenteuer wendete, sondern sie hoffen dann auch die Entente für ihre Pläne geneigter machen zu können.

Angehts dieser Tatsache ist es für die Arbeiterklasse doppelte Pflicht, den Katastrophopolitikern in ihren Reihen mit aller Energie entgegenzutreten. Bei den heutigen Machtverhältnissen und der allgemeinen inner- und außenpolitischen Situation würde die Arbeiterschaft bei einem Angriff nur zu leicht unter die Räder kommen. Die Arbeiterklasse hat alles für sich, wenn sie in der Abwehr steht. Läßt sie sich zu Putschern verleiten, dann ändert sich das Bild zu ihrem Ungunsten, dann wird sie letzten Endes nur die Gescheite der Reaktion besorgen, und deshalb muß allen derartigen Machenschaften mit gebotener Schärfe entgegengetreten werden.

## Ein kommunistisches Manöver

Die Kritik, die der Führer der ukrainischen kommunistischen Partei, Winnitschenko, in seinem Artikel an der sozialistischen Politik der russischen kommunistischen Partei geübt hat, ist unteren Kommunisten so unangenehm, daß sie den Versuch machen, den Kritiker als bedeutungslos abzutun. Dieses Manöver der „Roten Fahne“ ist aber so plump, daß nur ganz Dumme darauf hereinfallen werden. Noch vor kurzer Zeit, als Winnitschenko in Kiew verfuhrte, mit den russischen Kommunisten zusammenzuarbeiten, haben die Führer der ukrainischen Sowjetrepublik ihm ihre höchste Anerkennung ausgesprochen. Nun, wo er — unter dem Gesichtspunkt der weiteren revolutionären Entwicklung — an der Politik der russischen Kommunisten Kritik übt, ist er ein „Antibolschewist“, ein „Renegat“ usw. Und um dieser Methode wenigstens einen Schein von Berechtigung zu geben, wird eine Erklärung einiger ukrainischer Kommunisten, die sich als „Auslandsgruppe der ukrainischen kommunistischen Partei in Deutschland“ bezeichnen, gegen Winnitschenko veröffentlicht. Wo den Kommunisten die sachlichen Argumente fehlen, marichiert in der Regel irgendeine anonyme Gruppe auf, die die Arbeit des Schwärmens und der Diskreditierung übernimmt. Das kommunistische Kapital ist dann gerettet, und die Hüter der heiligen Güter des Bolschewismus können sich dann beruhigt schlafen legen.

## Ein neuer Prinz-Prozess

Am 19. d. M. wird vor der 4. Strafkammer des Landgerichts I erneut gegen den früheren Leiter des Sicherheitsdienstes Erich Prinz, wegen Unterdünkelung und Beleidigung des Kasseler Oberbürgermeisters Scheidemann, verhandelt werden. Wie erinnerlich, fand Prinz unter der Auflage Dokumente gefälscht zu haben, nach denen Scheidemann und Georg Elser für die Beileidigung Liebknechts und Rosa Luxemburgs 50 000 M. ausgelobt hätten. Ein früherer Termin wurde vertagt, da noch ein Zeuge geladen werden sollte. Prinz wurde aus der Haft entlassen, kurz darauf aber auf das Geständnis seiner Braut hin erneut verhaftet. Einige Tage nach seiner Verhaftung verübte die Braut Selbstmord. Die Geschichte ist reichlich anrüchig und es wird dabei noch zu mancherlei sensationellen Enthüllungen kommen.

## Pogrome in Budapest

(Eigener Drahtbericht der „Freiheit“.)

Wien, 12. November.

Seit Sonntag finden in Budapest unausgesetzt Pogrome statt. Die Zahl der Verwundeten beträgt mehr als 100. Die Pogrome begannen mit einer Versammlung, in der beschlossen wurde, ein Manifest an die Kulturwelt zu richten und ihre Hilfe gegen den Frieden anzunehmen. Bewaffnete Haufen demonstrierten das Bourgeois Kasino, das gegenüber der Polizeidirektion liegt. Während des ganzen Tages wurde keine einzige Verhaftung vorgenommen. Tags zuvor erließen der Vorkämpfer der jüdischen Gemeinde bei dem Justizminister Tomsojani und machte ihn auf die Pogromvorbereitung aufmerksam.

Trotz Zensur wurden unbehelligt Flugschriften verteilt, in denen gesagt wird, man werde die Verärter, die den Frieden gemacht haben, mit Gebäuden von Juden aushängen. Montag und Dienstag wurden Prügeleien unbehindert fortgesetzt. Mittwoch früh hat man einen Polizisten, der einem blutigen, schlagenen Mann helfen wollte, erschossen. Es ist möglich, daß diese Handlung den latenten Gegensatz, der zwischen den Polizisten und Bürgerlichen und den militärischen Terroristen besteht, zum Ausbruch bringt. Die Terroristen bereiten einen Anschlag auf politische Gefangnisse, vor allem gegen die Volkskommissare vor, deren Aburteilung bevorsteht. Die Regierung hat kaum die Macht noch den Willen, etwas Ernsthaftes gegen den Terror zu tun.

## Zum 100. Geburtstag Friedrich Engels

erscheint demnächst

## Engels als Denker

Von Max Winkler

Buchhandlung „Freiheit“, Breite Str. 6-9

## Bayern und der Rechtsputsch

Wilhelm Jun. wartet auf den Umsturz

Der tschechische Außenminister Dr. Benesch berichtete vor einigen Tagen im tschechischen Parlament, daß im Auslande bestimmte Nachrichten über einen neuen Putsch der deutschen Rechtsparteien vorlägen. Dr. Benesch soll sich dabei auf Angaben gestützt haben, die der berühmte Oberst Bauer gemacht hat. Dieser Mann, der der rührigste Organisator des Rapp-Putsches war, reist, von der Regierung unbeschäftigt, seit Monaten im Lande herum und trifft die Vorbereitungen für ein Unternehmen, das besser klappen soll als das mißglückte Abenteuer vom 13. März. Bauer ist auch der eigentliche Organisator der Orgesch, für die Escherich nur seinen Namen hergegeben hat. Oberst Bauer ist auch wiederholt im Auslande gewesen, hat in Ungarn zu den Führern Horthys gefesselt und Beziehungen mit den ungarischen Offizieren angeknüpft. Es ist nicht nur möglich, sondern fast wahrscheinlich, daß Oberst Bauer bei seinen politischen Reisen jene Äußerungen gemacht hat, die der tschechische Außenminister soeben dem Parlament vorgelegt hat.

In diesem Zusammenhang ist es wertvoll, darauf hinzuweisen, daß Genosse Dittmann in seiner letzten Reichstagsrede bereits die Rolle des Obersten Bauer beleuchtet hat. Genosse Dittmann wies auf die Rüstungen der Gegenrevolution hin, die in letzter Zeit fieberhaft betrieben werden, und führte dann aus:

Die Konterrevolution hat heute von der Staatsgewalt noch viel weniger Widerstand zu fürchten als die Rapp-Entwässerung im März. Aber nur vor der Entente haben die Konterrevolutionäre noch eine gewisse Angst. Die Herren bitten dauernd die Entente, ihren Staatsstreich im Interesse des Weltkapitals gegen Sozialismus und Bolschewismus zu gestatten. In der Zeit des Rapp-Putsches in Köln, wurde mir von absolut zuverlässiger Seite erklärt, daß der Oberst Bauer bei den Engländern bereits sechs Monate früher den Plan vorgetragen hatte, der beim Rapp-Putsch verfehlt worden ist. (Rechtliche Hörsitz-Rule bei den U.S.) Da die Engländer dem Patrioten Bauer aber dringend abrieten, wurde der Plan im Herbst 1919 zunächst verschoben. So wußten unsere Heberpatrioten um die Gunst der Entente für ihre reaktionären Pläne.

Daß die Rechtsputschisten sich bemühen, die Deutschland benachbarten Staaten und auch die Entente für ihren Umsturzplan zu gewinnen, kann als feststehende Tatsache bezeichnet werden. In einer Broschüre, die Oberst Bauer nach dem Rapp-Putsch veröffentlicht hat, führte er aus, daß die Rapp-

Regierung sich vor dem Generallstreik der Arbeiter nicht allzusehr gefürchtet habe. Der Generallstreik sei an eine bestimmte Zeit gebunden, er richte sich in seinen letzten Auswirkungen fast noch mehr gegen die Arbeiterschaft, als gegen das Bürgertum, und deshalb würden die Arbeiter nach einer gewissen Zeit selbst danach drängen, ihn abzubrechen. Darüber sei sich die Rapp-Regierung völlig im Klaren gewesen. Sie hätte den Generallstreik ruhig in sich zusammenbrechen lassen können, wenn nicht andere zwingende Gründe vorgelegen hätten, abzudanken. Diese zwingenden Gründe bestanden darin, daß die Rapp-Regierung, zuverlässigen Nachrichten zufolge, auf keine Unterstützung durch die Entente rechnen konnte. Und deshalb war sie, nach Oberst Bauer, zum raschen Weggang gezwungen. Die Herabsetzung der Wirkungen des Generallstreiks durch Oberst Bauer ist natürlich nicht zureichend, aber es muß zugegeben werden, daß natürlich auch das ablehnende Verhalten der Entente ein wesentlicher Grund zur Abdankung der Rapp-Regierung war. Und deshalb ist es erklärlich, wenn die Rechtsparteien sich erst einmal die Gunst der Entente zu erwerben suchen, bevor sie zu ihrem neuen Unternehmen schreiten. Wir zweifeln stark daran, ob die deutschen Monarchisten bei ihrem Liebeswerben Erfolg haben werden. Denn eine monarchistische Regierung in Deutschland würde die Gefahr eines Revanchekrieges gegen die Entente in greifbare Nähe rücken.

Die stärkste Gefahr für die Republik droht zweifellos von Bayern. Auf das Treiben der dortigen Einwohnerwehrlente haben wir schon in unserer Donnerstag-Abendausgabe hingewiesen. Wir stellen fest, daß Bayern neben einer starken Reichswehr und einer autorisierten Sicherheitspolizei noch mindestens eine 300 000 Mann starke Einwohnerwehrl zur Verfügung hat. Bei einer solchen Stärke der bewaffneten Macht ist kaum daran zu denken, daß in Bayern irgendwo die „Ruhe und Ordnung“ ernsthaft gestört werden könnte. Trotzdem glaubt Bayern noch nicht über genügende Truppen zu verfügen. Es holt sich jetzt noch norddeutsche Verbände herbei. Die Brigade Ehrhardt, der Stoßtrupp der Rappisten, wird in Bayern neu zusammengestellt. Wir bringen zum Beweise dessen zwei Dokumente:

L.

(Dokographiertes Rundschreiben.)

Wilhelmshafen, den 7. 10. 20.

Herrn .....

Sind Sie gewillt, nach Bayern zu gehen, um dort lebend wie beschäftigt zu werden. Lebensmittel und Lohn nach





